Deutscher Bundestag
13. Wahlperiode

Drucksache 13/3754

08. 02. 96

Änderungsantrag

der Fraktion der SPD

zu der Beschlußempfehlung des Petitionsausschusses (2. Ausschuß)
– Drucksache 13/2274 –

Sammelübersicht 59 zu Petitionen

Der Bundestag wolle beschließen, die Petitionen, die in der Sammelübersicht 59 aufgeführt sind, der Bundesregierung als Material zu überweisen und den Fraktionen des Bundestages zur Kenntnis zu geben.

Bonn, den 8. Februar 1996

Rudolf Scharping und Fraktion

Begründung

Mit den Petitionen wird ein Nachteilsausgleich für erlittenes SED-Unrecht in der gesetzlichen Rentenversicherung bzw. ein Ausgleich in Form einer Entschädigungszahlung begehrt.

Mit dem Zweiten SED-Unrechtsbereinigungsgesetz ist die gesetzliche Grundlage für einen Nachteilsausgleich für berufliche Benachteiligungen in der ehemaligen DDR geschaffen worden. Die in den Petitionen geschilderten Benachteiligungen werden dort nicht berücksichtigt, so daß eine sofortige Abhilfe nicht möglich ist.

Im Hinblick auf künftig mögliche Novellierungen des Gesetzes möchte die Fraktion der SPD die Petition der Bundesregierung als Material überweisen und den Fraktionen des Bundestages zur Kenntnis bringen.

Druck: Thenée Druck, 53113 Bonn, Telefon 91781-0
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 13 20, 53003 Bonn, Telefon (02 28) 3 82 08 40, Telefax (02 28) 3 82 08 44
ISSN 0722-8333